



VARIA

## „Schäden werden in Kauf genommen“

*Nicht nur die Hochschulen in Sachsen-Anhalt stehen unter Druck. In ganz Ostdeutschland bringt die Entwicklung der Landeshaushalte auch die Universitäten in Rechtfertigungsnöte. Hochschulforscher Prof. Dr. Peer Pasternack plädiert für mehr Sachlichkeit in der oft hitzig geführten Debatte zwischen Politik und Wissenschaft. Im Interview spricht der Direktor des Instituts für Hochschulforschung in Wittenberg über die Situation der Hochschulen, das Gutachten des Wissenschaftsrats und mögliche Folgen der geplanten Einsparungen.*

**Sie beobachten und erforschen die ostdeutsche Hochschullandschaft seit über 20 Jahren. Haben Sie die aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt noch überrascht?**

Ja und Nein. Vor dem Hintergrund der Haushaltsentwicklungen ist das nicht sehr überraschend. Es ist immer schwierig, außerhalb der Hochschulen und der Hochschulpolitik Verständnis für die Anliegen der Hochschulen zu erzeugen. Diese Schwierigkeit der Kommunikation begleitet Hochschulpolitik fort-

während. Die Wirkungsintervalle von Hochschulen sind relativ lang und haben die Eigenschaft, über Legislaturperioden hinauszugehen. Eine langfristige Hochschulentwicklung ist nur möglich, wenn berücksichtigt wird, dass bei Forschung und Lehre kurzfristige Effekte größtenteils nicht möglich sind. Zurzeit stehen die Hochschulen in allen ostdeutschen Ländern, außer in Mecklenburg-Vorpommern, unter starkem Druck. Überraschend ist allenfalls die Kommunikation, wie so etwas in die

*Rund 4.000 Menschen demonstrierten am 15. Mai 2013 gegen die Kürzungspläne auf dem Uniplatz.  
(Foto: Arvid Rostek)*

politische Debatte eingespeist wird. Sie ist derzeit sehr stark von Polarisierung und Zuspitzung geprägt.

### ***Ist der Einspardruck auf die Hochschulen ein spezifisch ostdeutsches Phänomen?***

Nein, in nahezu allen Bundesländern ist das zu beobachten. Im Augenblick fokussiert sich die bundesweite Diskussion darauf, dass der Bund unterstützend eingreifen müsste, weil die Länder mit ihren Steueraufkommen bei der Hochschulfinanzierung überfordert seien. In Ostdeutschland verschärft sich die Situation dadurch, dass sich die Probleme der Landeshaushaltsentwicklungen bis 2020 extrem zuspitzen werden. In allen ostdeutschen Landeshaushalten werden Minderungen von 20 bis 30 Prozent der Haushalte entstehen, aber lediglich bis zu zehn Prozent des gesamten Haushaltes sind disponibel – also nicht durch gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen fest verplant.

### ***Wir wirkt sich das auf die Hochschulen aus?***

Insofern, als politisch sehr offensiv nach Argumenten gesucht wird, warum die ostdeutschen Hochschulen gar nicht so viel Geld benötigen würden, wie sie derzeit erhalten. Das führt zu Diskussionen, in denen gern Vergleichszahlen zitiert werden, die nach genauerer Prüfung so nicht haltbar sind. Oder es werden Tatbestände nicht berücksichtigt, die tatsächliche oder vermeintliche Schwächen im Leistungsprofil erklärbar machen. Zum Beispiel wird kritisiert, dass an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt die Zahl der Studienabbrecher höher liegt als im Bundesdurchschnitt. Das muss man einordnen: Seit 2000 hat es im Land einen deutlichen Zuwachs an Studierenden und eine Steigerung der Studienbeteiligung innerhalb der relevanten Alterskohorten gegeben. Diese Zunahme hat jedoch nicht dazu geführt, dass sich die Zahl der Studienabbrecher erhöht hat. Das ist der entscheidende Punkt, wenn man bedenkt, dass der Deutsche Lernatlas Sachsen-Anhalts Schulsystem auf Platz 11 von 16 Bundesländern platziert. Vor diesem Hintergrund müsste man eigentlich erwarten, dass bei einer Steigerung der Studierneigung die Zahl der Abbrecher steigt. Das dies nicht passiert ist, ist ein immenser Erfolg.

***Am 12. Juli wird nun der Wissenschaftsrat das Gutachten zur Entwicklung der Hochschullandschaft und zur Universitätsmedizin in Halle vorlegen. Was kann ein solches Gutachten leisten?***

Es kann keine politischen Entscheidungen ablehnen. Das Gutachten wird sich evaluativen Fragestellungen zu einzelnen Fächern und strategischen Aspekten des Hochschul- und Wissenschaftssystems des Landes widmen. Es wird sicherlich auch zu Qualitätsaussagen gelangen. Wenn diese zum Beispiel lauten „Das Fach X erfüllt bestimmte Standards nicht“, dieses Fach zum Beispiel für die Lehrerausbildung aber unabdingbar ist, dann bedarf es einer politischen Entscheidung: Müssen wir dieses Fach ertüchtigen, damit es aus seiner unterdurchschnittlichen Qualitätssituation herauskommt, oder stellen wir das Fach zur Disposition? Dann müsste zugleich politisch beantwortet werden, wo die entsprechenden Lehrer künftig herkommen sollen. Ich vermute, dass beim Wissenschaftsrat vor dem Hintergrund der jüngsten Debatten sehr genau an Formulierungen gefeilt wurde, um zu vermeiden, dass sich unmittelbar aus diesen Empfehlungen politische Entscheidungen ableiten lassen.

### ***Wenn die Landesregierung die Einsparungen im Hochschulbereich im derzeit genannten Umfang von 50 Millionen bis zum Jahr 2020 umsetzt, was würde das für die Hochschulen im Land bedeuten?***

Das kommt auf die Umsetzungsweise an. Wenn nächstes Jahr mit den Einsparungen begonnen wird, dann wird eine Hochschulstruktur das Ergebnis sein, die sich aus dem Pensionierungsgeschehen ergibt. Von einer systematischen Hochschulstrukturentwicklung könnte dann keine Rede mehr sein. Oder es wird ein langfristigerer Einsparpfad eingeschlagen, der Schwerpunktsetzungen in der Hochschulentwicklung zulässt.

In jedem Fall werden die Hochschulen am Ende einer solchen Entwicklung nicht unbeschädigt bleiben. Es werden Professuren und – wenn Fachbereiche nicht mehr vorhanden sind – auch Studiengänge wegfallen. Diese Beschädigungen werden politisch in Kauf genommen und sind somit von der Politik auch dahingehend zu tragen, dass die Hochschulen bestimmte Effekte für das Land nicht mehr erzielen können. Wenn es beispielsweise darum geht, Studierende außerhalb Sachsen-Anhalts in das Land zu holen oder junge Leute hier zu halten, weil sie in Wohnortnähe ihren Wunschstudienplatz vorfinden. So etwas ist im derzeitigen Umfang dann nicht mehr zu realisieren. Diese politische Entscheidung muss auch in ihren Konsequenzen getragen werden.

*Interview: Corinna Bertz*



*Hochschulforscher Prof. Dr. Peer Pasternack (Foto: Uni Leipzig, Jan Woitas)*

*Zur Langfassung des Interviews:*

WEBCODE MAG-15183

QR-CODE

